



Wöchentliches Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsteiligen Zeile in Pettschaft 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postämter Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

37. Sitzung des Reichstages. (23. Mai.)

2 Uhr. Am Tische des Bundesraths Delbrück, v. Bülow und Andere. Der Reichstagskanzler hat dem Präsidium den Friedens-Verpflegungsgesetz-Entwurf der preussischen und des württembergischen Armee-Corps für 1874 zugehen lassen (der des sächsischen wird baldigst nachfolgen); ferner den neuesten Bericht des schweizer Bundesraths über den Fortgang des Baues der St. Gotthard-Bahn.

Der Reichstag beschäftigt sich heute mit Petitionen, zunächst mit zwei gleichartigen der Städte des Niederbairner Kreises und sechs Städten des Kreises Regensburg, welche die eine authentische Auslegung des Reichsgesetzes vom 4. December 1871 betreffend den Erlass der den bedürftigen Familien zum Dienste einberufenen Reserve- und Landwehr-Mannschaften gewährten oder noch zu gewährenden gesetzlichen Unterstützungen verlangen. Die preussischen Behörden bringen nämlich das Reichsgesetz vielfach im Sinne des preussischen Gesetzes vom 27. Februar 1850 in Anwendung, d. h. sie betrachten die Kreise, die Träger der Unterstützungspflicht, als ausschließlich berechtigt, die Entschädigungs-Capitalien zu behalten und als Kreisvermögen zu behandeln, womit die Vertheilung an die einzelnen Gemeinden im Sinne des Reichsgesetzes ausgeschlossen sein würde, da das preussische Gesetz bezüglich der Verwendung des Kreisvermögens nur corporative Zwecke, aber nicht die Entschädigungen einzelner Gemeinden für ihren Aufwand zur Unterstützung der Familien von Reservisten und Landwehr-Männern kennt. Durch eine solche Interpretation wird die Absicht des Reichsgesetzes durchkreuzt und den im Communalverbande befindlichen Städten ein Nachtheil zugefügt, da die außerhalb des Verbandes stehenden über ihren Antheil an der Entschädigung beliebig, also auch zur Erstattung an die Steuerzahler verfügen können.

Die Commission hat Uebergang zur Tagesordnung beantragt, in Erwägung, daß die Absicht und der Geist des Reichsgesetzes vom 4. December 1871 einer Vertheilung der vom Reich den Communalverbänden erstatteten Unterstützungsgelder unter die Einzelgemeinden nicht entgegensteht, daß aber die Beschwerden über eine widerstrebende Interpretation zur Zuständigkeit der betreffenden Partikularstaaten gehören.

Abg. Brosch äußert diesen Erörterungsgrund dahin ab: „... zwar nicht entgegensteht, daß aber diese Verwendungswiese im Gesetze nicht ausdrücklich vorgeschrieben, sondern die Cognition darüber, ob und in welchen Fällen dieselbe zur Anwendung zu bringen sei, den betreffenden Partikularstaaten überlassen ist.“

Dagegen beantragen Dr. Bähr und Grumbrecht in Erwägung, daß die Anwendung, welche das Reichsgesetz vom 4. December 1871 nach der vorliegenden Verfassung des preussischen Herrn Minister des Innern vom 3. September 1872 gefunden hat, der Absicht und dem Geiste des gedachten Reichsgesetzes nicht entspricht: die vorliegenden Petitionen dem Herrn Reichstagskanzler mit der Aufforderung zu überreichen, in geeigneter Weise dahin zu wirken, daß die von den Petenten vertretene Verwendung der erstatteten Unterstützungsgelder in allen Bundesstaaten als eine zulässige anerkannt werde.

Abg. Bähr führt aus: Es liegt ein Reichsgesetz vor, dessen Ausführung durch die Interpretation der Einzelstaaten nicht verflümmert werden soll; vielmehr haben die gesetzgebenden Factoren des Reiches darüber zu wachen, daß die Absicht, in der sie ihre Gesetze erlassen, nicht bei dem Durchgange durch die Auslegung eines Einzelstaates verloren gehe. Und Grumbrecht fügt hinzu, daß in seiner Heimat trotz der zuerst verurtheilten Auslegung der Behörden schließlich doch im Sinne der Petenten entschieden worden sei. Ref. Blum und Abg. Brosch stellen dagegen die Controverse als nicht entcheidend und den Reichstag als die Entscheidung zu treffen nicht geeignet dar; mit der bloßen Anerkennung ihres Rechtes sei den Petenten nicht geholfen, die vielmehr einen rechtlichen Anspruch erheben, dessen Erfüllung der Reichstag nicht erzwingen könne. Höchstens könnte man, bemerkt Dr. Sammaher, die Aufmerksamkeit der preussischen Staatsregierung auf diesen Gegenstand lenken, jede kräftigere Zumuthung aber könne nur den Effect haben, den Reichstagskanzler dem Wortlaut des Reichsgesetzes gegenüber in Verlegenheit zu bringen.

Abgeordneter v. Franke wünscht, daß wenn das Reichsgesetz unterlassen habe, die Vertheilungsform der Entschädigung zu präcisciren, diese durch eine nachträgliche Interpretation des Reichstages ausgefüllt werde, während Abgeordneter v. Loß die Competenz der preussischen Regierung in diesem wie in jedem anderen Falle, in welchem die Reichsgesetzgebung schweigt und ebenso auch die Competenz jedes anderen Einzelstaates in ähnlichen Fällen gewahrt wissen will. Abgeordneter v. Kuntze stimmt dem letzteren Redner nun so mehr bei, als es sich um ganz vereinzelte preussische Beschwerden handle, die Kreise im Ganzen sich also bei der Auffassung der preussischen Behörden durchaus wohl befinden.

Nachdem der Commissar Geh. Rath Starke noch darauf hingewiesen hat, daß das Gesetz die Frage, in welcher Weise die Kreise über die Gelder zu verfügen hätten, gar nicht berühre, also durch eine bloße Interpretation nichts derartiges in das Gesetz hineingebracht werden könne, wird der Antrag der Commission, wie Abg. Brosch ihn abgeändert hat, angenommen und damit der Antrag Bähr abgelehnt.

Eine größere Anzahl von Gesuchen deutscher Pharmaceuten sind in Folge der am 25. Mai 1869 beschlossenen Resolution auf Vorlegung eines Gesetzes-Entwurfs betreffend die Regelung des Apotheker-Gewerbe-Betriebes und des Verkaufs von Arzneimitteln beim Reichstage eingegangen. Ein Theil derselben verlangt die Freigabe des Apothekerbetriebes, während der andere Theil die Beschränkung der Anlage neuer Apotheken aufrecht zu erhalten wünscht.

Der Antrag der Commission, welcher von dem Abg. Winter (Wiesbaden) als Referent vortrat, geht dahin: die Gesuche dem Reichstagskanzler als Material für die Gesetzgebung über das Apothekenwesen zu überweisen und denselben dabei aufzufordern, baldmöglichst die dem Reichstagsbeschlusse vom 25. Mai 1869 entsprechende Gesetzesvorlage zu machen.

Abg. Dr. Löwe: Es liegt hier nicht eine Frage der Gewerbe-Ordnung sondern der Gesundheitspflege vor und die Entscheidung wird im Großen und Ganzen im Sinne der letzteren zu erfolgen haben. Die Petenten, welche die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes wünschen, machen dafür geltend, daß die Sicherung der Gesundheitspflege mit der Sicherung ihrer materiellen Existenz in Verbindung stehe, insofern der Apotheker durch ein hinlängliches Einkommen von der Versuchung zurückgehalten werde, schlechte Waaren zu liefern. Nun hat gewiß das Publikum das größte Interesse daran, gute Waaren zu erhalten, daneben aber auch das Bedürfnis, sie so schnell und leicht als möglich und nicht theurer als nöthig zu erhalten. Endlich kommen auch neben den Interessen der Apothekenbesitzer auch diejenigen der Gehülfen und Provisorien in Betracht. Und hier begegnen wir der Thatsache, daß auf keinem gewerblichen Gebiete soviel für den Export gearbeitet wird, als gerade hier; überall, in Frankreich, der Schweiz, Italien, Rußland und Amerika begegnen uns deutsche Apotheker und oft sind gerade sie es, welche die gute alte deutsche Tradition der gewissenhaften Waarenprüfung und sorgfältigen chemischen Untersuchung besser als in Deutschland selbst zu Ehren bringen, wo wir viele Apothekenbesitzer in der Erkenntnis ihrer gefährlichen Lage so schnell als möglich und oft an perennierlich schlechtere Leute verkaufen sehen, deren Gedulden sie gänzlich vom Geschäft abziehen und sie nöthigen den Betrieb der Apotheke selbst gemiethten und mangelhaft controlirten Kräften zu überlassen.

Wir sehen ferner, wie ein großer Theil von Provisoren und Gehülfen in der Erkenntnis der Schwierigkeit einer selbstständigen Niederlassung in andere Gewerbe übergehen, als Droguisten, als Leiter in chemische Fabriken u. s. w. eintreten. Und es sind gerade die Krebskranke Kräfte, welche so dem Apothekergewerbe, wenigstens für Deutschland entzogen werden! Schon heute haben wir zahlreiche Prozesse gegen Apotheker und ihre Gehülfen, denen die gefährlichen Folgen einer Verwechselung der Heilmittel zur Last gelegt werden; bald ist Genuß mit Morphium vermischt, bald sind andere Vergehen vorgekommen und wir hören dann die gewöhnliche Entschuldigung, wir müßten die Sache so vom Droguisten bekommen haben. Die Aufmerksamkeit, die gute Sitte, jeden Stoff selbst zu untersuchen, ist also mit dem Schuss

der Landesinteressen nicht gewachsen, während der deutsche Apotheker im Auslande wegen seiner überlegenen wissenschaftlichen Bildung die freie Concurrenz seiner dortigen Gegenwärtigen, welche nur eine rein kaufmännische Vorbildung erhalten haben, mit Erfolg besteht. Bei der Größe der jetzigen Bezirke, welche von einer Apotheke versorgt werden sollen, wird gewiß das Interesse des Publikums an einer schnellen Vereitlung der Arzneien nicht gefördert, um so mehr, als es bereits aus den oben angeführten Gründen an Apothekern zu fehlen beginnt, und der ursprüngliche Concessionirte sehr häufig seine Apotheke an einen Provisor verpachtet — wie dies hier in Berlin bei einer unserer größten Apotheken für 10,000 Thaler jährlich geschieht — so daß auch die sittliche Verantwortlichkeit des ersten Concessionärs Empfängers in Wegfall kommt. — Ich habe daher aus den in der Commission abgegebenen Erklärungen der Vertreter der Reichsregierung mit Vergnügen entnommen, daß das Reichstagskanzleramt einen Gesetzentwurf in der Arbeit hat, in welchem die Frage im Sinne der Gewerbebefreiung entschieden ist. An uns ist es nicht, diese Arbeit durch weitere Resolutionen zu hemmen, neue Erquaten über diesen oder jenen Punkt zu verlangen, welche nur die Vollendung des Gesetzes verzögern, die herrschenden Schäden durch Verschiebung vergrößern würden! Ich bitte Sie daher, den Antrag der Commission anzunehmen.

Abg. Grumbrecht hält die Aufhebung der Apotheker-Concessionen für sehr bedenklich und alle Aerzte, die er darüber gehört hat, waren derselben Ansicht. Ein reales Privilegium haben die Apotheker z. B. in Hannover überhaupt nicht mehr, sondern nur ein rein persönliches, das mit dem Tode des Besitzers erlischt. Nicht das Privilegium der Apotheker treibt die Gehilfen zur Auswanderung, sondern sie wandern aus, weil sie im Auslande sehr gesucht sind. Alle Klagen kommen aus den alten preussischen Provinzen, wo man derartige Uebelstände durch die Ausführung des Concession-Gesetzes hervorgerufen hat. Es handelt sich hier nicht so sehr um die Frage der Gewerbebefreiung als der Gesundheitspflege. Eine möglichst baldige Regulirung dieser Frage ist erwünscht, aber es ist bedenklich, der Gesetzgebung vorzugreifen. Der Commissar des Reichstagskanzleramtes hat zwar erklärt, daß das Reichstagskanzleramt durch einen Gesetzentwurf im Sinne der Gewerbebefreiung die Frage zu regeln gedenke; allein diese Erklärung ist sehr vieldeutig. Die Stimmung des Publikums ist auch der Regelung der Angelegenheit in diesem Sinne keineswegs günstig; denn die Sachverständigen halten die Zustände in den Ländern, wo das Apothekergewerbe freigegeben ist, also z. B. in Frankreich, in der Schweiz und in Holland für sehr unbefriedigend. Es empfiehlt sich also den Commissionsantrag anzunehmen.

Abg. Mohl ist zwar von jeher schon im Frankfurter Parlament — ein eifriger Anhänger der Gewerbebefreiung gewesen, aber mit der Freigabe des Apothekergewerbes kann er sich doch nicht befrieden. Wollte man für Deutschland solche Zustände herbeiführen, wie sie in Frankreich herrschen, wo auf den Jahrmärkten Quacksalber ihre selbstfabricirten Heilmittel aus-schreien? Er habe einmal in einer französischen Hafenstadt Chinurinde gebraucht und sie auch in ganz guter Qualität bekommen; auf der Weiter-reise habe er in einem von einer Dame verwalteten Apothekenladen seinen Vorrath erneuern wollen, zu Hause aber entdeckt, daß man ihm dort Eichen-rinde verkauft habe. (Heiterkeit.)

Abg. Schleiden kann sich den beiden Vorrednern nur anschließen. Darauf wird der Commissionsantrag angenommen. Schluß 4 1/2 Uhr; nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr (Petitionen).

Berlin, 23. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem königlich portugiesischen außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister Grafen v. Ribas zu Berlin den königlichen Kronen-Orden erster Klasse und dem königlich portugiesischen Gesandtschafts-Secretär A. de Lobar daselbst den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Superintendenten A. D. und Ober-pfarrer W. J. zu Croppentriedt, Kreis Wittenberg, und dem Pfarrer Franz zu Klein-Quensiedt, Kreis Halberstadt, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Ober-Consistorialrath Dr. Weiß zu Königsberg in Pr. den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Professor A. D. Dr. Wolfers zu Berlin und dem Superintendenten A. D. Pfarrer Maletius zu Pissinigen, Kreis Syd., den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Amts-Wundarzt Brandt zu Allenborn, Kreis Wismar, den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Feldmesser Hüllmann zu Cappeln, Kreis Schleswig und dem Maurermeister Eiben zu Stenderup, Kreis Flensburg, das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Schiffscapitän Michael Jepsen zu Apen-rade die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Dem an Stelle des Grafen Puliga zum königlich italienischen General-Consul für das Gebiet der Freien Stadt Hamburg, das Herzogthum Lauen-burg und die Provinz Hannover, mit dem Sitz in Hamburg ernannten Commandeur Christoforo Negri ist zu dieser Ernennung das Equivaler im Namen des deutschen Reiches erteilt worden.

Der Uebungslehrer Lorenz Bernasch in Peiskrescham ist zum vierten Lehrer am katholischen Schullehrer-Seminar daselbst ernannt worden. — Die bisherigen Baumeister Emil Verendt zu Hattungen a. d. Ruhr, Antonius Schepers zu Hagen und Emil Tobien zu Altenborn, sowie der Ingenieur Joseph König zu Elberfeld sind als königliche Eisenbahn-Baumeister bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn angestellt worden. — Der Privat-Dozent an der königlichen Akademie zu Münster Dr. Carl Horstmann, ist zum Provinzial-Gewerbe-Schullehrer ernannt und an der Provinzial-Gewerbeschule zu Legnis angestellt worden. — Der Referendarus Wellekamp aus Osnabrück ist auf Grund der bestandenen großen Staatsprüfung zum Avokat mit Anweisung seines Wohnsitzes in Osnabrück, ernannt worden.

Berlin, 23. Mai. [Se. königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin] ist heute früh hier eingetroffen und im königlichen Schlosse abgesehen.

Berlin, 23. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] begaben sich heute Vormittag um 10 1/2 Uhr per Extrazug nach Pots-dam und wohnten daselbst auf dem Bornstedter Felde die Besichtigung der combinirten Garde-Infanterie-Brigade bei. Nach dieser Besichtigung fuhrten Allerhöchstdieselben nach dem Babelsberg, frühstückten dort und begaben sich um 1 1/2 Uhr von Neuendorf aus nach Berlin zurück. Um 2 1/2 Uhr ließen sich Se. Majestät der Kaiser alsdann vom Kriegs-Minister und dem General von Albedyll Vortrag halten. (R.-Anz.)

— Berlin, 23. Mai. [Die Festfahrt der Reichstags- und Bundesraths-Mitglieder.] Heute morgen um 7 Uhr sind die Teilnehmer der Festfahrt der Reichstags- und Bundesraths nach Bremen und Wilhelmshaven hierher zurückgekehrt, obgleich eine Anzahl derselben es vorgezogen hat noch in Bremen zu übernachten. Ganz sicher darf die Veranstaltung dieses glänzenden Festes, welches, Dank der aufopfernden Hingebung Aller, welche dabei mitzuwirken hatten, in der gelungensten Weise verlaufen ist, eine überaus glückliche Idee genannt werden zur Belebung und Förderung des deutschen Einheits-gedankens. Voll der glänzendsten Eindrücke sind die Festgenossen hierher zurückgekehrt und es haben namentlich die großartigen Anlagen für die deutsche Marine überall Anerkennung und Bewunderung erregt. Die Festfahrt begann unter den ungünstigsten Witterungs-Auspicien; jedoch in Altona, wo man zur Annahme eines glänzenden Frühstückes, welches die Magdeburger-Halbsechster Eisenbahngesellschaft anbot, Rast gemacht hatte, klarte sich das Wetter auf und bei herrlichem Sonnenschein wurde die Einfahrt in die festlichgeschmückte alte Hansestadt Bremen gehalten. Telegraph- und Localberichte sind der gegenwärtigen Correspondenz bezüglich der Schlußfeier des ersten Festtages vorausgeschickt. Die Vorgänge bei dem opulenten Festmahl in dem prachtvollen Börsengebäude, die feurigen Toaste des Bürgermeisters Mohr auf den Kaiser, des Staatsminister Delbrück auf die deut-schen Fürsten und die freien deutschen Stände, des Fürsten Hohen-

lohe auf die Stadt Bremen, des Bürgermeisters Gildemeister auf Deutschland, des Admirals v. Stosch auf den deutschen Handel und die deutsche Schifffahrt u. s. w. das Alles ist bekannt. Die Festgenossen durchstreiften nach dem Mahle die Stadt und versammelten sich Abends im Rathskeller, im Künstlerverein, oder in den glänzenden Salons des Consul Meyer und des Abg. Moske. — Der zweite gefeierte Festtag gehörte der Meeresfahrt und einer Reihe bedeutungsvoller Ein-blicke in das Treiben und in die großartigen Establishments der deutschen Marine. Wieder wuchs die Gunst des Wetters für das Fest von Stunde zu Stunde und es wandelte sich der trübe Morgen schließlich in einen glänzenden Tag. Um 6 1/2 Uhr früh führte die Eisenbahn die Festtheilnehmer in die prächtig geschmückte Stadt Bremer-haven. Von hier aus wurden sie an Bord des wahrhaft großartigen Lloyd-Dampfers „Die Mosel“ befordert und von 9 Uhr früh bis 4 Uhr Nachmittags ging die Fahrt durch die Wesermündung in die Nordsee bis zur Höhe von Wangeroge und von hier die Fähr-mündung hinab bis Wilhelmshaven. Zu Tausenden waren die Bewohner herbeigekommen, um in vielen, reich-geschmückten kleinen Dampfbooten dem Festzuge zu folgen. Des Zuges dieser Schaulustigen war kein Ende. Auf der See begrüßte ein von Wilhelmshaven entgegengesandtes Geschwader, die „Ariadne“, „Hertha“ und „Coreley“ die Festgenossen und führte vor ihnen ein kleines See-mannsboot durch Beschießung und Verfolgung aus. Alle diese wech-selnden Eindrücke gipfelten aber in den wirklich glänzenden Bildern, welche sich auf der Reede vor Wilhelmshaven entsfalteten. Hier be-grüßte das Artillerieschiff „Renown“ mit donnerndem Salut die An-kommenden. Von allen Seiten kamen jetzt bemannte Boote heran, während drüben auf den riesigen Molenköpfen eine dicke Wolke von ihre Tuben erschallen ließ. Jetzt wurde ein überraschendes Tor-pedo-Manöver ausgeführt. Dreimal explodirten die furchtbaren Ge-schosse und schleuderten die Fluten viele Hundert Fuß mit donnerndem Getöse in die Höhe. Damit war der Glanzpunkt dieses Theils des Festes erreicht. Auf dem Dampfer Mosel wurde den Reisenden ein überaus opu-lentes Gabelfrühstück offerirt. Hierbei brachte der Consul Meyer ein feuriges Hoch auf Deutschland auf dem Meere. Der Abg. Braun (Wiesbaden) überreichte im Namen des Reichstages eine kostbare seidene Flagge, welche in goldenen Buchstaben die Worte trägt: „Der Reichstag dem Damp-fer „Mosel“ den 22. Mai 1873.“ Der erste Offizier des Dampfers sprach dafür den Dank des Schiffes aus. In Wilhelmshaven ange-langt, wurden die Festtheilnehmer in Gruppen geschieden und von Flotten-Offizieren durch die verschiedenen Anlagen Wilhelmshavens ge-führt. Man bewunderte die mächtigen Molen, den Vorhafen mit den Schleusen, den Binnenhafen mit den colossalen Trockendocks, in deren einem man den Bau der Panzerfregatte „Der große Kurfürst“ in Augenschein nehmen konnte; endlich erregten die im Hafen liegenden Kriegsschiffe, die Anlagen der Werkstätten und Fabriken, sowie der Stadt Wilhelmshaven selbst allgemeine Bewunderung. Auf dem Panzerschiff „Friedrich Karl“ wurden sodann von den Mannschaften auf speciellen Wunsch des General-Feldmarschalls Grafen Moltke verschiedene Uebungen ausgeführt, von denen sich der berühmte Stratege zufriedenge stellt zeigte. Endlich beschloß das ganze Fest ein großartiges Mahl auf dem Verdeck des Panzerschiffes „König Wilhelm“. Man hatte dasselbe mit einem Zelte überdacht, dessen Wände und Decken aus den Flaggen aller Nationen ge-bildet waren. Die Masten waren in Säulen verwandelt, um welche ein reicher Flor von Blumen und Blattpflanzen prangte, und um das Ganze zu verschönern, verbreiteten zahlreiche Gaslaternen, in einfachen aber charakteristischen Formen taghelle Beleuchtung über die Festversammlung. Graf Moltke brachte das Hoch auf den Kaiser, Gen. v. Stosch auf Bundesrath und Reichstag unter humoristischer An-deutung, daß nach alledem, was sie von der Marine gesehen, die Be-willigungen für die Fortentwicklung der Marine nicht versagt werden müßten. Unter den 10 Toaste, welche sonst noch ausgebracht wurden, verdient der des Reichstags-Vize-Präsidenten v. Bennigsen auf die Deutsche Flotte zumeist Erwähnung, indem der Redner ausführte, wie das Mißlingen derselben mit dem Zerfall der deutschen Nation und ihr Erfolg mit der Einheit der Nation und der Herstellung des Reiches Hand in Hand geht. Der Abg. Moske überreichte unter schwungvoller An-sprache auch für den „König Wilhelm“ eine Flagge als Geschenk des Reichstages, mit der Aufschrift: „Der Reichstag Sr. M. Schiff „König Wilhelm“ den 22. Mai 1873“, welches Geschenk der General vom Stosch auf Autorisation des Kaisers dankend entgegennahm. Der Contre-Admiral Klatt trank auf das Wohl der deutschen Handels-marine, der hanseatische Ministerresident Krüger auf die Deutschen im Auslande, der Capitän zur See Werner auf die Landarmee u. s. f. Ueber die herrlichen und unverwischlichen Eindrücke des ganzen Festes war unter allen Teilnehmern nur eine Stimme.

— [Grenzpfähle u. — Gesänge.] Vor einigen Wochen ging durch die Zeitungen die Nachricht, daß in Lothringen die öffent-lichen Zeichen (Grenzpfähle, Schlagbäume, Wegweiser u. s. w.) überall schwarz-weiß gefärbt seien, wodurch eine Verwirrung der öffentlichen Meinung hervorgebracht werde. Wir können nun aus besser Quelle versichern, daß diese Nachricht auf ganz vereinzelten Wahrnehmungen beruht haben muß. Es können vielmehr nur hin und wieder sich da-mals noch solche Zeichen vorgefunden haben, bei welcher der rothe Streifen noch nachzutragen war, da bekanntermaßen verschiedene Farben sich nicht gleichzeitig auftragen lassen. — Es gehen noch immer von einzelnen Kirchenvorständen Gesuche um Ueberlassung von Kanonen zum Glockenguss ein. Das von Se. Majestät für diesen Zweck be-stimmte Quantum ist indes schon längst absorbiert und haben daher alle diese Gesuche keine Aussicht auf Gewährung.

Bremen, 21. Mai. [Das Bankett.] welches die Stadt Bre-men den Bundesraths- und Reichstags-Mitgliedern gab, verlief über-aus glänzend.

Unter den zahlreichen Trinksprüchen geben wir nachstehend nach der „Meer-Zeitung“ den Wortlaut zunächst des von dem Staatsminister Delbrück ausgebrachten, an den Fest-Präsidenten und den Bürgermeister Gildemeister gerichteten:

Im Namen des Bundesraths und des Reichstages, den Sie hier so freund-lich bewillkommen haben, sage ich Ihnen unsern herzlichsten und verbind-lichsten Dank. Die liebenswürdige Subortommenheit, mit welcher die Bürger Bremens uns hier Aufnahme zugefugt haben, hat es erleichtert, vielleicht ermöglicht, die Fahrt zu unternehmen, auf der wir begriffen sind, eine Fahrt, welche neben dem gefelligen Zusammensein den ernststen Zweck hat, große Anlagen, die im Interesse der Sicherheit Deutschlands und besonders im Interesse seines Handels begründet sind, von Auge zu Auge zu schauen, für

einen großen Theil von uns, zum ersten Mal. Bremen ist nun so liebenswürdig gewesen, uns nicht erst hier zu bewillkommen. Von Uelsen aus ist das schon geschehen. Wir wurden dort mit einem Blatt der „Weser-Zeitung“ empfangen, welches einem Jeden von uns überreicht wurde, was vielleicht noch willkommener war, mit dem Sonnenschein, welchen uns Bremen entgegen geschickt, während wir bis dahin in Nebel und Regen gehüllt hatten. Dies haben wir als ein freundliches Wahrzeichen angesehen. Auf Bremer Schienen sind wir dann, zum großen Theil glatt, hierher gekommen. In unserer Aller Namen danke ich für die freundliche Begrüßung und fordere Sie (zu den Mitgliedern des Bundesraths und des Reichstags gewandt) auf, ein Hoch auszubringen auf die gastfreie Bürgerstadt der alten freien Reichsstadt Bremen! Sie lebe hoch!

Der Chef der Admiralität, Staats-Minister v. Stosch, brachte folgenden Trinkspruch aus:

Die aufstrebende deutsche Marine muß sich einestheils auf das einige deutsche Vaterland, andererseits auf blühenden Handel und Schifffahrt stützen. Die Kraft des Handels hat damals die Hanse vermocht, die eigentliche erste deutsche Flotte zu gründen. Die heutige, als das deutsche Vaterland zurückkam. Die wachsende Kraft des Vaterlandes hob Handel und Schifffahrt und trieb auch wieder das deutsche Volk, in seiner Einheit eine Flotte zu gründen. Die Marine ist sich auch ihrer Aufgabe, Handel und Schifffahrt zu schützen, bewußt. Ueberall, wo sie deutsche Handelsschiffe findet, ist ihre Heimath, da ruft sie im Hurrah dem deutschen Landmann zu. Ein Hoch Deutschlands Handel und Schifffahrt!

Dem Bürgermeister Gildemeister erwiderte der Vice-Präsident des Reichstages Fürst Hohenlohe-Schillingensfürst in folgenden Worten:

Erlauben Sie mir, meine Herren, die Worte des geehrten Vorredners mit dem Ausdruck des tief empfundenen Dankes zu erwidern für die herzerwärmende Aufnahme, welche die Mitglieder des Bundesraths und Reichstags heute in der Stadt Bremen gefunden haben. Es ist uns diese Aufnahme von hoher Bedeutung. Denn nicht nur schöpfen wir daraus die persönliche Befriedigung, die uns Männern der politischen Arbeit, der freundschaftliche Druck der Hand, der ermunternde Zuruf unserer Mitbürger, der leuchtende Blick aus schönen Augen gewährt, sondern wir dürfen wohl auch aus all dem Erfreulichen, das uns heute entgegengetreten ist, den Maßstab entnehmen für die Größe des Bundes, der Sie mit Deutschland geeint, und für den Grad der Wärme, mit der Ihre Herzen dem neu gegründeten Deutschen Reich entgegenstehen. Und, meine Herren, wer hätte auch zweifeln können, hier in der Stadt des alten Hanseabundes, dem lebendigsten Verhältniß zu begegnen für die Arbeit, die dem neubegründeten Deutschen Reich obliegt. Haben doch die Städte des alten Hanseabundes, dieses Bundes, der mit gleichem Geschick das Schwert des Kriegers wie die Feder des Kaufmanns zu führen wußte, Jahrhunderte lang alle die Güter der Freiheit, der Einheit, der Macht bezeugt, nach welchen sich Deutschland lange vergeblich gesehnt hat! Hatte doch der Gedanke eines staatlichen Gemeinwesens, als er in der gräßlichen Verwirrung des späteren Mittelalters zu Grunde gegangen war, sich hier an die Gestirne der Ost- und Nordsee geschildert und dort reichen Segen gebracht! Jetzt, nachdem in der wechselvollen Entwicklung deutscher Dinge alte Gestaltungen untergegangen und neue sich gebildet haben, sehen wir die Genossen des alten Hanseabundes als die treuen Genossen des neuen Deutschen Reichs. Wir begrüßen Sie als überaus werthgeschätzte Mitbürger. Denn, meine Herren, die Geschichte der Städte dieses Bundes entrollt uns ein Bild reich an Bürgerthum, ein Bild ernstlichen Fleißes, ausdauernden Muthes und gemeinsamer Freiheitsliebe. Wenn dieses Bild ein Vorbild genannt zu werden verdient für das deutsche Volk, so geniesst es auch den Vertretern des deutschen Volkes, die ein günstiges Geschick heute hierher geführt, dies dankbar anzuerkennen. So lassen Sie uns denn, meine Herren vom Bundesrath und Reichstag, die Bürger der Stadt Bremen, die würdigen Erben ihrer großen Altvordern begrüßen und mit dem herzlichsten Wunsch: es möge diese Stadt, wie sie einst groß geworden, als Glied eines kriegerischen Bundes, nun geüben als friedliche Handelsstadt des Deutschen Reichs und zunehmen an Reichthum, Macht und ruhmreicher Wohlfahrt bis in die spätesten Zeiten. Die Stadt Bremen und ihre Bürger leben hoch!

Der königlich bayerische Staatsminister Dr. Fauske nahm das Wort zu folgendem Toast:

Mein Trinkspruch gilt der deutschen Marine. Der lose Verband, der die deutschen Stämme und Völker früher umfaßte, hat sich nirgends unzulänglicher bewiesen als in den Beziehungen Deutschlands zum Auslande und hinsichtlich des Schutzes der deutschen Flagge auf dem Meere. Damit der wiedergewonnenen deutschen Einheit ist das anders geworden. Die deutsche Flotte ist wiedererstand, ganz Deutschland theilhaftig sich an ihr und es giebt auch in dieser Aufgabe keine Mainlinie mehr. Meine Herren! Nach unserer ganz deutschen Entwicklung, nach unserer geographischen Lage, nach unserer Denkmale können wir vielleicht, die deutsche Nation, mit nicht minderm Rechte als Andere von sich, von uns sagen: unser Reich ist der Friede. Aber wer auf dieser Welt Frieden haben will, muß stark sein, deshalb streben wir eine starke Seemacht an, die sich entfalte, wie es die deutsche Seemacht in den jüngsten Kriegen, Dank ihrer vortheilhaften Führung, bewiesen hat. Meine Herren! Civis romanus sum, das war der Stolz des Römers, dieses nationale Hochgefühl auf den deutschen Bürger zu übertragen, das muß unsere Losung werden, wenn wir vorwärts kommen wollen, und dazu muß uns die deutsche Seemacht die Wege bereiten. Ich lade Sie ein, die Gläser zu leeren auf ein rasches Aufblühen der deutschen Seemacht, auf eine kräftige Entfaltung, Sieg und ehrenreiche Zukunft der deutschen Marine, Sie lebe hoch!

Bremen, 23. Mai. [Der Extrazug] mit den Mitgliedern des Bundesraths und Reichstags ist erst nach Mitternacht von Wilhelmshafen wieder hier eingetroffen; mehr als die Hälfte der Festtheilnehmer ist in Bremen zurückgeblieben. Die Mehrzahl der Mitglieder des Bundesraths, unter ihnen der Präsident Delbrück, die Minister Stosch, Fauske haben alsbald die Reise nach Berlin fortgesetzt.

Wilhelmshaven, 22. Mai. [Das Festmahl für den Bundesrath und den Reichstag] am Bord Sr. Maj. Schiff „König Wilhelm“ verlief äußerst glänzend. Das ganze Verdeck war in einen riesigen Salon verwandelt, dessen Wände und Decke (zeitlich) Fahnen und Flaggen bildeten, das Ganze war durch Gas taghell erleuchtet. 600 Personen nahmen an den reichbestellten Tafeln Platz. Das erste Hoch brachte Feldmarschall Graf Moltke: „Auf das Wohl Sr. Maj. des Kaisers, des allezeit Mehrers des Reichs, des Schutzherrn des Friedens durch Heer und Flotte!“ Die Geschütze auf der Westfronten 101 Salutschüsse ab. Es folgte der Chef der Admiralität v. Stosch mit einem Hoch auf den Bundesrath, den Reichstag und die Gäste am Bord des „König Wilhelm“. Er feierte das Fest, welches Vertreter Gesamtdeutschlands vereinigte zu frohem Mahle am Bord des größten Panzerschiffs der deutschen Flotte, die aus bescheidenen Anfängen emporgewachsen und zu herrlicher Blüthe entfaltet werden sollte. Als Preussische bitte er daran erinnern zu dürfen, daß vor 20 Jahren in Wilhelmshaven eine Ginde gewesen, Kraft, Ernst und Ausdauer hätten die großartigen Bauten geschaffen, welche die Festungsinsel heute bewundern hätten. An Ihnen, meine Herren, schloß der Redner, vom Reichstag und Bundesrath ist es, die Hand zu bieten zu weiterem Gedeihen, zur Fortführung der Flotte auf die Höhe, welche die Würde, die Ehre und die Ruhe Deutschlands erfordert. Sei Ihnen die Kraft dazu beschlehen! Namens des Reichstages danke u. Vennigen in ausdrücklicher Rede mit einem Hoch auf die deutsche Marine. Contreadmiral Klatt brachte darauf ein Hoch auf Handel und Schifffahrt aus, der hanseatische Ministerpräsident Dr. Küger auf die Deutschen im Auslande. Der Abg. Mosle (Bremen) überreichte mit einer Ansprache an den Chef der Admiralität, Minister Stosch im Namen des Reichstages eine prachtvolle Flagge schwarz-weiß-roth, in Goldschiff die Worte: „Der Reichstag Sr. Maj. Schiff König Wilhelm“ tragend. Der Chef der Admiralität, Minister Stosch, antwortete: „Ich bin von Sr. Maj. autorisirt, diese Flagge anzunehmen, sie wird an der Gaffel Sr. Maj. Schiff „König Wilhelm“ wehen, wir werden ihr allezeit Ehre machen und sie vertheidigen, wie es einer Deutschen Flagge gebührt.“ (Stürmischer Beifall.) Herr Dörny aus Wilhelmshaven, trank auf das Wohl des deutschen Vaterlandes, Graf Münster auf das Gedeihen der Stadt Wilhelmshaven, Corvettencapitän Werner auf das Wohl der Armee, der älteren Schwester der Marine, Braun (Wes-

baden) auf das Wohl der Frauen. Eine Stunde später, als projectirt, nach 10 Uhr, erfolgte die Rückfahrt des Festzuges.

Dresden, 20. Mai. [Aus der guten alten Zeit.] Die amtliche Bekanntmachung der schon erwähnten Ernennung des Kronprinzen zum Regenten bezeichnet die Reise des Königs Johann nach Gm als Reise ins Ausland.

[Berurtheilung der Liberalen.] Der hiesige „Volksbote“ meldet, daß in einer am letzten Sonnabend in Dresden abgehaltenen Versammlung der so ci al demokratischen Partei folgende Resolution angenommen wurde: „Die heutige Versammlung erklärt, daß die bisherigen liberalen oder fortschrittlichen Abgeordneten das Volksrecht in keiner wesentlichen Frage vertreten haben, und daß das Volk an ihrer Wiederwahl gar kein Interesse hat.“

Augsburg, 22. Mai. [Alltoll.] Heute früh 8 Uhr verschied nach kurzem Krankenlager Herr Dompropst Dr. Franz Joseph v. Alltoll, geboren in Sulzbach den 10. August 1793, Priester seit dem 11. August 1816 und Dompropst seit 1838. Durch zahlreiche Schriften, namentlich archäologischen Inhalts, besonders aber durch seine Uebersetzung der Vulgata war er in den weitesten Kreisen bekannt.

Stuttgart, 20. Mai. [Österreichische Guldenstücke.] Der heutige „Staats-Anz. f. W.“ veröffentlicht in seinem amtlichen Theile folgende Verfügung der Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten, Abtheilung für Vertheilungsanstalten, des Innern und der Finanzen: Mit höchster Genehmigung Sr. königlichen Majestät vom 10. d. M. wird im Anschluß an das Verfahren in anderen deutschen Bundesstaaten unter Aufhebung der Finanz-Ministerialverfügung vom 12. December 1860 sämtlichen Staatskassenstellen die fernere Annahme der österreichischen und ungarischen Guldenmünzen des 45-Guldenfußes hiermit untersagt. Stuttgart, den 15. Mai 1873. Wächter. Sid. Renner.

Frankreich.

Paris, 21. Mai. [Ueber die gegenwärtige Lage des Ministeriums] schreibt man der „R. Z.“: Daß Buffet zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt wurde, hat gestern Abend die pariser Bevölkerung in einige Aufregung versetzt. Das Votum der Majorität erschien als eine Herausforderung. Diesen Morgen beruhigte sich allerdings die öffentliche Meinung, als man erfuhr, daß die von Cassimir Perier geführte Gruppe, die mit der Rechten gestimmt hat, nicht unbotmäßig gewesen war, sondern lediglich nach den Wünschen ihres Führers gehandelt hatte. Man erblickte in Folge dessen in der Wahl Buffets eines der so gewöhnlichen Zugeständnisse, mit welchen die Regierung die Rechte zu fixiren pflegt. In Regierungskreisen macht man sich weniger Sorgen als im November. Auch die radicale Partei trägt eine große Zuversicht wegen des Ausganges der parlamentarischen Schlacht von Freitag zur Schau. Die Sprache, welche die „Republique Francaise“ heute morgen führt, klingt sehr beruhigend, und das Gambettische Organ meint, es sei nur ein wenig Entschlossenheit und Festigkeit von Seiten des Herrn Thiers nöthig, um die Schwankenden zusammenzuhalten und die Feinde zu schlagen. Nichts desto weniger haben die Republikaner gestern Abend einige gesonderte Versammlungen abgehalten. Die Führer der Partei wollten sich darüber verständigen, wie man sich Angesichts eines möglichen Sturzes von Thiers zu verhalten habe. Die Armee und deren gegenwärtige Stimmung war hauptsächlich Gegenstand der Aeußerungen. Eine nur auf eine Partei sich stützende und deren Zwecke durchsetzende Regierung würde sich ohne Hilfe der Armee nicht zu halten im Stande sein. Die pariser Republikaner wissen recht gut, daß der Kriegsminister de Cissey und der Gouverneur von Paris, Admiralault, Feinde der Republik sind. Sie wissen, daß, wenn Thiers fällt, diese beiden Generale sich zu Werkzeugen der royalistischen und clericalen Rechte machen würden. Und Niemand zweifelt, daß sie ganz energisch aufzutreten würden. Aber neben den Führern kommen auch die Soldaten in Betracht. Man glaubt aber gewiß zu sein, daß die Soldaten und Unterofficiere im Allgemeinen für Thiers und die Republik sind. Von einigen seltenen Ausnahmen abgesehen, sind die höheren Officiere Bonapartisten und Monarchisten. Die übrigen Officiere theilen sich in zwei Lager: Bonapartisten und Gambettisten. Gambetta hat sich unter den Officiere eine zahlreiche Anhängerschaft zu erwerben gewußt, die entschlossen ist, dem Stürze des Ex-Dictators zu folgen. Sie glauben, wenn einmal der Augenblick gekommen sei, die unter ihrem Commando stehenden Soldaten leicht mit sich fortzureißen zu können. Wenn man so die republikanischen Führer seit 48 Stunden die Ohren spitzen sieht, so kann man nicht bezweifeln, daß sie die Lage für sehr gespannt halten. Indessen ist sowohl in Paris wie in der Provinz an alle radicalen Comité's die Parole ausgegeben worden, sich äußerst ruhig zu halten und die Ereignisse kommen zu lassen. Der Sturz von Thiers würde nur die Gelfer, keineswegs aber physische Gewalten in Bewegung bringen. Dagegen würden die ersten ernsthaften Versuche, die das Ministerium von der Farbe Ganganier's und Broglie's anstellen würde, um die Monarchie herzustellen, das Signal eines allgemeinen Aufstandes sein, der auf allen Punkten auf einmal ausbrechen würde. Die gegenwärtigen radicalen Comité's würden viel mehr nach Einem Gedanken handeln, als die republikanischen Comité's von 1848, da Gambetta alle Fäden in seiner Hand vereinigt.

Spanien.

Madrid, 19. Mai. [Die Unversöhnlichen] wollen in der Nationalversammlung beantragen, die Unvereinbarkeit jedes öffentlichen bezahlten oder Ehrenamtes mit dem Abgeordnetenmandate zu erklären; sie würden vorschlagen, den Abgeordneten ein Gehalt anzurufen, jedoch erst in den zweiten Cortes der Republik.

[In Sevilla] befürchtet man Arbeiterunruhen in Folge des hartnäckigen Streites. Der Bürgermeister hat eine Bekanntmachung erlassen, in welcher er die Arbeiter zur größten Besonnenheit in der Ausübung ihres Rechtes auffordert. Auch der Gouverneur der Provinz kündigt an, daß er im Nothfalle kräftige Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergreifen werde. Unterdessen thun die Arbeiter selbst Schritte, um Ausweichungen vorzubeugen; sie haben sich in Gruppen getheilt, um die große Fabrik la Cartuja, gegen welche Drohungen der Brandstiftung laut geworden waren, regelmäßig zu bewachen. Gestern sollte in Sevilla eine große Kundgebung stattfinden, um gegen die Verzehrsteuer zu protestiren.

Großbritannien.

A. A. C. London, 20. Mai. [In der gestrigen Nachsitzung des Hauses der Gemeinen] kündigte James (Brighton) an, er werde bald nach den Pfingstferien die Ernennung einer Königl. Commission beantragen, welche die beste Methode zur Abwehr der gegenwärtigen Ungleichheiten in der Vertheilung politischen Vermögens zum Behufe der Herbeiführung einer vollständigeren Volksvertretung prüfen soll. Whitwell erlaubte sich beim Kriegsminister, ob der britische Militärbestand aus norddeutschen Hosen über die Weise, in welcher Kriegsmaterial incl. Proviant und Bekleidung für die deutsche Armee beschafft würden, berichtet hätte; und ob er, falls solche Berichte eingegangen seien, bereit sei, dieselben dem Parlament vorzulegen. Sir S. Storks erwiderte, daß solche Berichte von Zeit zu Zeit eingegangen seien, daß es der Kriegsminister aber nicht für wünschenswert habe, daß sie dem Parlament vorgelegt würden. Den Hauptgegenstand der Erörterung bildeten die Flotten-Gelds. Einige Posten derselben stießen auf heftige Beantwortung. Bei dem Votum für Staatszerker im In- und Auslande beantragte der conservative Lord Lennox die Streichung der für

das neue mastenlose Dampfschiff „Jury“ bestimmten Summe von 15,000 Pfr. Der Marineminister Goelchen verteidigte den Posten, worauf Lord Lennox seinen Antrag unter der Bedingung zurückzog, daß, ehe das Geld für das Schiff verausgabt werde. Die Admiralität dem Hause die Einzelheiten der Zeichnung vorlegen werde. Die übrigen Voten wurden ohne Opposition genehmigt. Aus dem Rest der Sitzung ist noch hervorzuheben, daß die Vorlage zur Aufrechterhaltung des Friedens in Irland in Irland in dritter Lesung angenommen wurde.

A. A. C. London, 21. Mai. [In der gestrigen Sitzung des Hauses der Lords] kam die Abhanti-Jubasion an der Westküste von Afrika wieder zur Sprache. Der Earl von Lauderdale erlaubte sich beim Staats-Secretär für die Colonien, ob von Westindien eingeborene Truppen nach der Küste von Afrika geschickt werden würden. Der Earl von Kimberley erwiderte, daß den neuesten Nachrichten zufolge die Abhanti nach ihrer letzten Schlacht mit den Fantis nicht weiter vorgerückt seien, und man glaube, daß die Regensaison ihre weiteren Operationen beeinträchtigen würde. Fünfzig Mann Marine-Artillerie seien nach der Goldküste geschickt worden, um die Forts zu besetzen und die Stadt vertheidigen zu helfen, und außerdem hätten sich 200 bis 300 Mann westindische Truppen an Ort und Stelle zur Verstärkung der dortigen westindischen Garnison begeben. Da seinem Ermessen nach die wirksamsten Truppen in jenen Regionen die eingeborene Polizei sei, wäre er mit dem Kriegsminister zu dem Behufe in Verbindung getreten, damit vier oder fünf Officiere abgesandt würden, um ein eingeborenes Polizei-Corps zu organisiren. Ferner würde eine weitere Zufuhr von Raketen nach der Goldküste gesendet werden, da die letzten in den neuesten Schlachten vortheilhafte Dienste geleistet hätten. Ueberdies würden Maßregeln ergriffen werden, um die Fantis und andere unter englischer Schutze stehende Eingeborenen reichlich mit Munition zu versehen. Die Lage der Dinge an der Goldküste sei allerdings eine ernsthafte, aber die Regierung habe jeden Grund, mit der Leitung des jetzigen Administrators, der die bestmöglichen Maßregeln ergriffen habe, zufrieden zu sein. In Erwiderung auf Lord Carnarvon's Anfrage theilte der Minister mit, daß dem Parlament die Correspondenz über den Gegenstand vorgelegt werden würde.

[Im Unterhause] bildete in gestriger Nachsitzung den Hauptgegenstand der Erörterung ein Antrag Sir H. Selwin-Ibbetsons (conservative Mitglied für Süd-Essex) über Maßregeln zur Abwehr der zahlreichen Eisenbahnunfälle. Dieser Antrag erklärte, daß die Zeit gekommen sei, wo die Regierung von ihrer Befugniß Gebrauch machen sollte, um die Eisenbahn-Gesellschaften zur Einführung weiterer Vorsichtsmaßregeln zur Sicherheit des reisenden Publikums anzuhalten. Als solche Sicherheitsmaßregeln befürwortete der Antragsteller die Einführung einer größeren Bremskraft auf allen Hauptbahnen; eine klarer definierte Verantwortlichkeit der Directoren, die allgemeine Einführung des Blocksystems und die Mobilisation des jetzigen Gesetzes, das Eisenbahnbeamte verbindert, Schablos halten bei Beschädigungen zu erlangen. Sergeant Scherlock unterstützte den Antrag und Lea, welcher denselben befürwortete, suchte der Debatte einen weiteren Spielraum zu geben, indem er den Zusatzantrag stellte, daß die Zeit gekommen sei, wo die Eisenbahnen des vereinigten Königreichs Staatseigenthum werden und unter staatliche Controle und Verwaltung kommen sollten. Der Handelsminister, Schieffter Forster, lehnte es gänzlich ab, dem Vorredner in der von ihm angeregten Discussion zu folgen, und mit Bezug auf den ursprünglichen Antrag argumentirte er, daß der Gegenstand weder vom Parlament noch von der Regierung vernachlässigt worden sei, und daß in jüngster Zeit kein solcher Zuwachs an Eisenbahnunfällen stattgefunden habe, um die Annahme der von Sir H. Selwin-Ibbetson befürworteten legislativen Maßnahmen zu rechtfertigen. Der Minister versprach indeß, im Laufe dieser Session einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher den Eisenbahn-Gesellschaften die Pflicht auferlegt, Ausweise zu liefern, aus welchen erhellt, bis zu welchem Grade das Blocksystem auf ihren verschiedenen Linien in Gebrauch sei. Die weitere Discussion über den Antrag, dessen Zurückziehung der Handelsminister empfahl, kam aber in Folge der Beschlußfähigkeit des Hauses zu einem vorzeitigen Ende.

[Francis Crain.] Eine Telegramm aus Newyork meldet, daß George Francis Crain, der famose amerikanische Demagoge und Volksredner, nach einer Irrenanstalt geschickt wurde.

[Frauenziehung in Irland.] Herrn Gladstone wurde unlängst eine von zahlreichen Damen der hohen irischen Aristokratie unterzeichnete Petition überreicht, worin er um eine Staatsunterstützung aus dem Ueberschuß der Einkünfte der irischen Kirche zur Förderung des höheren Unterrichts unter Frauen angegangen wurde. Der Premier hat auf dieses Bittgesch eine Erwiderung ertheilt, in welcher er bezeugt, ob die Zeit gekommen sei, um diesen Vor schlägen volle Erwägung angedehen zu lassen. Er sagt: „Von den drei Graden des Unterrichts in Irland bleibt der höchste unregulirt, mit dem mittleren ist noch nicht einmal ein Versuch gemacht worden, und selbst der untere ist zuweilen mit Störungen bedroht. Es scheint nöthig zu sein, diesen bekannten und familiären Fragen erst irgend eine solide Grundlage zu geben, ehe wir, so zu sagen, in See stechen, sei es nur, weil wir noch nicht wissen, wie weit es thunlich sein würde, für die Fälle, wo sich Frauen mit Universitäts- und Mittelschulen-Unterricht in Irland befassen, Vorkehrung zu treffen.“

Russland.

St. Petersburg, 19. Mai. [Dapperwilligkeit zu Wohlthätigkeits- und Schulzwecken. — Gidgang.] Im Jahre kam hier eine sehr segensreiche Stiftung zu Stande: die Handwerkerschule des Gafarewitsch Nikolai Alexandrowitsch. Die Petersburger Stadtgemeinde hatte eine bedeutende Summe Geldes ausgelegt, um eine Schule zur Ausbildung tüchtiger Gewerker zu stiften. Zu gleicher Zeit hatte der Thronfolger eine Erziehungs-Anstalt für Kinder armer Leute gestiftet, und selbst das Protectorat darüber in die Hand genommen. Es waren alsbald zwischen beiden, dem Thronfolger und der Stadtgemeinde Verhandlungen entstanden, ob man zwischen beiden Stiftungen nicht eine Gleichmäßigkeit herstellen sollte. Das Resultat wurde ein höchst nutzbringendes: der Thronfolger schloß seinen Fonds in die Cass der städtischen Stiftung, und diese nahm sein Programm mit in die ihre auf. So bildet sich unter dem Protectorat des Großfürsten-Thronfolger ein Institut, welches bedeutende Dimensionen annehmen verspricht: es ward nach dem Namen des verstorbenen Thronfolgers benannt. Zum Geburtsstage des Thronfolgers trat eine Commission zusammen, welche zur Förderung der Zwecke der allerdings noch jungen und im Organisations-Stadium begriffenen Anstalt, vor Allem zur Verrichtung des Baues des Institutsgebäudes eine neue Subscription eröffnen wollte. Man brauchte etwa 70,000 Rubel zur Vollendung des Baues: die Subscription ergab in kurzer Zeit jedoch nicht weniger, als 100,000 Rubel, so daß noch ein hübscher Zuschuß zu dem Reservefonds übrig bleibt. In Rußland ist für wohlthätige Zwecke die Dapperwilligkeit immer sehr großartig gewesen: das ist besonders allen denjenigen tendenziösen Nachrichten entgegenstellen, welche den Slaven-Comité's eine zu große Bedeutung zu vindiciren geneigt sind. Weder das Moskauer, noch das Petersburger Slavencomité hat ein Budget von 8000 Rubeln sonderlich überschreiten können — während alle wohlthätigen Anstalten, alle Stiftungen zu Unterrichtszwecken immer auf eine ganz andere Weise rechner können. Daraus folgt, daß die Slaven-Comité's auch schon, ehe die Regierung ihre Tendenzen für „Utopien“ erklärte, auf keinen belangreichen Rückhalt zu hoffen hatten. Die Slaven-Comité's haben auch ihren etwas zu weit angelegten Ideen entsagt, und sich jetzt auf eine Wirklichkeit beschränkt, die ihren bescheidenen Mitteln mehr entspricht. Anstatt eine Menge lehrbegieriger Bulgaren, Thurnagoren, Kroaten, Serben u. s. w. mit unzureichenden Mitteln und problematischem Nutzen auszustatten zu wollen, haben sie beschloffen, künftig für diejenigen Slaven, die mit dem Russischen sich bekannt machen möchten, lieber die nöthigen Bücher und andern Lehrmittel zu liefern. Für Rußlands eigene Bildungsinteressen dagegen ist noch neuerdings ungemein viel geschehen. Wir haben nur Gintges daraus hervor. Die Kreisstände des Kreises Sumy im Gouvernment Charow haben für nöthig befunden, daß in Sumy ein besonderes classisches Gymnasium errichtet würde. Trotzdem der Kreis nicht reich ist, haben sie 70,000 Rubel zur Einrichtung aufgebracht, und setzen nicht weniger als 13,000 Rubel aus. Für ein weibliches Gymnasium, das schon besteht, zahlen sie jährlich 8500 Rubel. Dann gedenken sie über kurz oder lang auch

nach eine Realschule zu errichten und zu diesem Zweck 50,000 Rubel auszugeben. Von der Stadt Troitz im Drenburgschen ist das Drenburger Gymnasium 750 Werst, das Ufische 600 Werst entfernt. Der Stadtrath von Troitz setzt proprio motu 42,000 Rubel zur Errichtung eines eigenen Gymnasiums, und jährlich 5000 zu dessen Unterhalt aus; die Stadtverordneten gewähren zum Stiftungscapital außerdem 12,800 Rubel als freiwilligen Zuschuß. Für Unterhalt eines Progymnasiums in Vipest (Gouv. Tambow) zahlt der Stadtrath jährlich 6000 Rubel, die Kreislandstadt 3000 Rubel. Ähnlich stellen sich die Spenden noch in andern Städten, wo bei verhältnißmäßig gar nicht reichen Gemeinden dennoch namhafte Beiträge zu Schulzwecken votirt werden. — Der Eisgang ist in diesem Jahre sehr spät eingetreten. Im Winter hatten wir ungewöhnlich warme Tage, und nun scheint es, als müßten wir sie jetzt durch andauernde rauhe Witterung entgelten. Namentlich ging der Eisgang nicht in gewöhnlicher glatter Weise ab. Vor dem Ausfluß der Nema hatten sich die Eismassen stark angestaut. Da das unterhalb Petersburgs geschah, bemerkte man gestern ein Steigen des Wassers. Heute Morgen brach sich der Strom aber Bahn, doch erlitten einige Schiffe dabei starke Beschädigungen. Auch im Ladoga ist Hochfluß zu bemerken gewesen, weil am Ausfluß der Nema aus dem See ebenfalls Stauungen eingetreten waren. Jetzt ist Alles wieder in der alten Ordnung, das Wasser auf seiner gewöhnlichen Höhe.

Amerika.

Chicago, 8. Mai. [Der Staat Illinois und die Eisenbahnen. — Iowa und der Eisenbahntarif.] Die Staatsgesetzgebung von Illinois, schreibt man der „N. Ztg.“, hat sich seit mehreren Monaten damit beschäftigt, ein Gesetz zu entwerfen, durch welches das Volk und speciell die Farmer gegen übermäßige Forforderungen der Eisenbahnen geschützt werden sollen. Das Haus der Abgeordneten einigte sich schließlich über eine Bill, aber der Senat war mit einigen und zwar sehr wichtigen Paragraphen der Hausbill nicht einverstanden und die Wahrscheinlichkeit ist, daß die Gesetzgeber sich bis nächsten Winter vertagen, ohne den so stürmisch verlangten Zaum den Eisenbahngesellschaften anlegt zu haben. Die lange Debatte hat die Schwierigkeit der zu lösenden Aufgabe in helleres Licht gestellt und den Beweis geliefert, daß sie im Wege der gewöhnlichen Gesetzgebung nicht zu behandeln, sondern nur nach vorgängigen gründlichen Studien über Eisenbahnverwaltung, Eisenbahnbauten, Eisenbahn- und Handelsstatistik. Die Eisenbahncommissäre des Staats werden sich voraussichtlich mit der Beschaffung des dazu nöthigen Materials diesen Sommer zu beschäftigen haben. Die oben erwähnte Hausbill geht allerdings von der richtigen Voraussetzung aus, daß der Staat Illinois durch die den Eisenbahnen verliehenen Freiheiten sich des Rechtes begeben habe, ihren Tarif festzustellen, und daß den Eisenbahnen nur aus allgemeinen Rechtsgesichtspunkten beizukommen sei, d. h. daß Klagen nur dann gegen sie durch die Eisenbahncommissäre zu erheben seien, wenn sie unbillig hohe Sätze für Personen- oder Frachtförderung verlangen. Mit andern Worten, es soll gegen die Eisenbahnen nur auf Grund des englischen gemeinen Rechts vorgegangen werden und die Geschworenen in jedem gegebenen Falle entscheiden, ob ein Tarif unbillig oder billig sei. Da nun gleichzeitig in zehn verschiedenen Counties oder Kreisen Klagen anhängig gemacht werden können und die Ansichten der verschiedenen Jurys über unbillige Sätze sehr von einander abweichender Art sein werden, so würden die Bahnen nie wissen, wie niedrig sie ihre Sätze stellen müssen, um den sehr hohen Geldstrafen (von 1000 Doll. bis 25000 Doll. für jedes Vergehen) zu entgehen, welche die Bill auf Tariffsätze setzt, die einen Charakter der Exzessivität an sich tragen oder genauer, die von einer Jury für zu hoch befunden werden. Die Staatscommissäre sollen, um die Grenze zwischen angemessenen und unbilligen Tariffsätzen zu ziehen und den Jurys eine Richtschnur zu liefern, für jede Eisenbahn ein Schema von Minimalhöhen entwerfen, veröffentlichten und von Zeit zu Zeit verändern. Von gewichtiger Seite wird diese Uebertragung gesetzgeberischer Befugnisse an Commissäre für verfassungswidrig erklärt und behauptet, daß wenn überhaupt der Erlaß solcher Maximalhöhen zweckmäßig und zulässig, nur die Gesetzgebung selbst dazu berechtigt sei. Außer diesen Verfassungsbedenken stellte sich bei der Debatte ein Gegensatz der Interessen zwischen den Fabrikanten in den großen Städten und den allerdings die ungeheure Mehrheit bildenden Farmern heraus. Die Vertreter der ersteren verlangten Aufnahme einer Bestimmung, durch welche die bei der Massenbeförderung ihnen jetzt gewährten billigeren Tarifen durch die neue Bill nicht verlohren würden. Die Farmer bestanden jedoch darauf, alle Benutzer von Eisenbahnen über einen Kamm zu scheeren und der Zusatzantrag der Fabrikanten wurde verworfen. Während in Illinois somit vor der Hand der Kampf gegen das Monopol noch keine rechte Waffe gefunden hat und von mancher Seite die Lösung für nur durch Bundesgesetzgebung möglich erklärt wird, ist der benachbarte Staat Iowa dadurch günstiger gestellt, daß er von Anfang an sich das Recht vorbehalten hat, den Tarif der Eisenbahnen zu reguliren. Im nächsten Monat tritt bereits das neue Gesetz in Kraft, welches den Eisenbahnen verbietet, mehr als drei Cent per (englische) Meile per Person zu berechnen. Die Farmen werden vom Juni an das „gesetzliche“ Fahrgehalt anbieten und sich weder Ueberforderungen noch Hinausverfrachten aus den Waggons gefallen lassen, falls sie, was nicht wahrscheinlich, seitens der Bahnbeamten versucht werden sollten. (Auch in Illinois lassen hier und da Conducteure Farmergesellschaften gegen Erlegung des sogenannten gesetzlichen Fahrpreises passieren, namentlich wenn diese Gesellschaften zahlreich sind.) Die Feststellung eines Frachttarifs oder Frachttarimaximums wurde bisher durch die gesetzliche Tariff der Bahngesellschaften vereitelt und die Frage wird bei den diesjährigen Staats- und Staatsgesetzgebungswahlen eine Alles überschattende Rolle spielen. In keinem Staate sind die Farmer so organisiert, wie in Iowa, ihre geheimen Voten zählen bereits über 100,000 Mitglieder, oder eine Mehrheit der Stimmgeber des ganzen Staates. Falls der jetzige republikanische Gouverneur Carpenter sich nicht auf die von den Farmern gestellten Forderungen verpflichtet, werden dieselben eigene Candidaten für die höchsten Staatsämter ins Feld bringen und zweifelsohne erwählen. Unter allen Umständen werden sie darauf achten, daß in die nächste Staatsgesetzgebung sich kein schwarzes Schaf, kein Mitglied der Eisenbahnen einschleiche. Das Ergebnis wird mit großem Interesse erwartet, umso mehr, als diesen Herbst in Iowa so wenig wie sonstwo Bundeswahlen stattfinden, die großen politischen Parteien gleichsam das Gewehr beim Fuß haben und ohne Gefahr für sich selbst keinen Einfluß auf die um vorläufig nur staatliche Streitfragen sich drehenden Wahlen zu üben versuchen werden.

Die Erweiterung des Kampfes zu nationaler Bedeutung wird freilich nicht lange auf sich warten lassen und die großen Reformzeitungen streiten sich bereits über die in das Programm der neuen Partei aufzunehmenden Punkte. Während die „Newy. Tribune“ nur die in Staat und Nation sich breit machende Corruption zum Ausgang einer neuen Parteibildung genommen wissen will, sehen die „Chicago Tribune“ und die „Newy. Nation“ nur in der Erweiterung des Kampfes gegen alle Monopole und vor Allem die durch Schutzgesetzgebung geschaffenen Fabrikantenmonopole die Aussicht und die Bedingung wirt-

licher und gründlicher Heilung der politischen und materiellen Schäden, deren Größe mit jedem Tage klarer begriffen wird. Es ist Thatsache, daß in Folge der künstlich hohen Preise für Arbeit und Arbeitsmaterial die Ausfuhr amerikanischer Fabrikate ungemein gesunken ist, während zugleich die Kosten der Anlage wie des Betriebs der Eisenbahnen sich allmählig ungeheürlich vermehrt haben. Der Schwerpunkt der Anti-Monopol- und Anti-Corruptionsbewegung wird der Natur der Sache nach im großen Nordwesten liegen, während der Osten, dem z. B. die Transportfrage nicht so auf die Finger brennt, wie den Farmern des Westens, sich einmischen fühlt und eher abweisend verhalten wird. Uebrigens ist, um wenigstens die Arbeiter im Osten in das Interesse zu ziehen, von Seiten des Westens eine Convention auf den 6. Mai nach Newyork ausgeschrieben. Außerdem findet ein nationaler Arbeiter-Congress am 29. Mai in Indianapolis statt, sobald wollen die Gouverneure der westlichen Staaten gemeinschaftlich über Mittel nachsinnen, dem an zu großer Fülle von Getreide und zu theueren Absatzwegen leidenden Westen dauernde Abhilfe zu verschaffen und schließlich wird sich ein Bundesparlamentarischer Sommer hindurch mit derselben Frage offiziell beschäftigen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß an die Stelle des Königs Baumwolle, welcher vor dem Kriege die Union beherrschte, nach Befestigung des jetzigen Monopol-Interregnums ein neuer Herrscher, die Rohprobucenten, die für ihre Unabhängigkeit und ihren Wohlstand zum erstenmale geschlossen ins Feld rückenden Millionen der Farmer zu treten sich anschicken.

Provinzial-Beitung.

* Breslau, 24. Mai. [Turnlehrer.] Die „D. R.-Z.“ meldet: Nach einer Entscheidung des Kultusministers soll die Verpflichtung der Lehrer zur Ertheilung des Turnunterrichts in der Elementarschule ohne besondere Remuneration nur soweit statthaft sein, als dieser Unterricht innerhalb der Pflichtenstunden des Lehrers liegt. Werden diese durch den Turnunterricht überschritten, so sind entweder die Communen verpflichtet, dem betreffenden Lehrer eine nach billigen Grundsätzen zu arbitrierende Remuneration zu zahlen, oder aber, falls sich dieselben dessen weigern, sind Seitens der Regierung sämtliche an der Schule angestellten Lehrer zur Ertheilung des Turnunterrichts und zwar jeder für seine Klasse zu verpflichten und der Lehrplan resp. die Stundenvertheilung hiernach unter Beachtung der Vorschriften in den Allgemeinen Bestimmungen vom 15. October v. S. einzurichten.

In Bezug auf die von der „Allg. Ausg. Z.“ gemeldete Excommunication des Domherrn v. Richtigshofen (f. Nr. 234 d. Bresl. Ztg.) bemerkt die hiesige römische „Volksztg.“ Folgendes: „Die verlangte Domination, Suspension, Stellung excommunicirter Geistl., alles dies ist der von Canonibus von Richtigshofen bei der vor zwei Monaten geleisteten Unterwerfung bereits vorangegangen, brauchte also nach dem Widerruf derselben nicht nochmals wiederholt zu werden. Uebrigens hat der hochwürdigste Herr Fürstbischof nur erklärt, daß Herr v. Richtigshofen durch seinen offen erklärten Abfall der von der Kirche ausgeprochenen, ipso facto eintretenden Excommunication verfallen sei. Selbstverständlich ist mit der Excommunication der Verlust jedes kirchlichen Benefiziums verbunden, da ein außerhalb der Kirche Stehender selbstverständlich kirchliche Aemter nicht verwaltend kann! Wenn der Correspondent von Degradation spricht, so scheinen ihm alle kircheneigentlichen Begriffe abhanden gekommen zu sein, denn bekanntlich versteht man unter Degradation die Ausstoßung aus dem Priesterstande, die nur in Folge der schwersten Verbrechen verhängt wird.“

Kn. Breslau, 22. Mai. [Pädagogischer Verein.] Der Abgeordnete Lasker hat vor einiger Zeit im „großen Handwerkervereine“ zu Berlin einen Vortrag über „Anlagen und Erziehung“ gehalten. College C. W. Scholz referirte in der letzten Sitzung nach der „Deutschen Schulzeitung“ von Koller über diesen Vortrag und beleuchtete denselben. — „Es wird in der Volksschule herzlich wenig gelehrt; reichlich $\frac{1}{2}$ der gegenwärtigen Schulzeit sind weggeworfen“, — so meint Herr Lasker. Also wenigstens 6 Jahre seines Lebens werden dem Kinde, das 8 Jahre die Schule besuchen muß, gestohlen; das „herzlich Wenige“, was es in derselben lernt, kann ihm in 2 Jahren beigebracht werden. Was gilt demnach die Arbeit des Lehrers, der solche Resultate erzielt? Und wo bleibt die selbst vom Feinde anerkannte Tüchtigkeit der deutschen Volksschule? — An einer anderen Stelle sagt Herr Lasker: „Die Volksschule kann gar nicht die Erziehung übernehmen; sie liefert dazu nur ein ganz kleines Nebenproduct. Heute sind wir in der That so weit, die Familie als einen besonderen Factor der Erziehung anzusehen. Die Familie aber steht wieder in enger Solidarität mit der Außenwelt. Auch diese spielt in Bezug auf die erziehende Thätigkeit der Familie eine große Rolle: das Geseinde, die Besuche, die täglichen Zuträger von Lebensmitteln, wirken darauf bedeutungsvoll ein.“ — Allein freilich kann die Volksschule die Erziehung nicht übernehmen, will es aus nicht; aber nur ein „ganz kleines Nebenproduct dazu“ liefert sie wohl doch nicht. Oder ist es so ganz werthlos, wenn sie z. B. die ihr anvertrauten Kinder gewöhnt an Gehorsam, Ordnungsliebe, Reinlichkeit, Pünktlichkeit, Zugenden, welche dieselben im Elternhause gar oft nicht geübt haben? Hauptfactor der Erziehung freilich (nicht nur ein besonderer Factor) wird die Familie stets bleiben, und der Herr Reichsanwalt darf sich versichert halten, daß daran noch kein Pädagoge gezweifelt hat, auch diese Erkenntniß nicht erst von heute datirt. Daß das Geseinde, die täglichen Zuträger von Lebensmitteln, auf die Erziehung „bedeutungsvoll“ einwirken, ist wohl richtig, aber hinzuzufügen müssen wir: leider! — Wenn jedoch selbst in solchen Kreisen, in denen man es am wenigsten erwarten sollte, ein so ungünstiges Urtheil über die Volksschule gefällt wird, so müssen wir der gleichen Urtheile eben so entschieden zurückweisen, als wir sie lebhaft bedauern. Freilich, harte Orthopädie und politische Reaction, wie sie in den Regulativen entsprechenden Ausdruck gefunden, haben die Volksschule dem Volke entfremdet; die tägliche Befolgung ihrer Lehrer, die Beaufsichtigung derselben durch Nicht-Fachleute, die Local-Schulinspektion überhaupt mindern das Ansehen der Elementarschule in den Augen der Gebildeten. Und nur die freie allgemeine Volksschule, in der jeder Staatsbürger ohne Ausnahme die Grundlage seines Wissens empfängt, wird sich der Achtung erfreuen, die ihr als einer Hauptträgerin der Civilisation gebührt.

Kn. Breslau, 22. Mai. [Humboldtverein für Volksbildung.] Gestern Abend im oberen kleinen Saale des „Café restaurant“ wurde die Monatsversammlung unter recht zahlreicher Theilnahme abgehalten, in welcher der neu gewählte Vorsitzende des Vereins, Herr Dr. Carstede, den Vorsitz führte. Er theilte zunächst die bereits in unseren früheren Berichten enthaltenen Aemtionen des Ausschusses und Vorstandes und die Gründe mit, die ihn bewogen haben, trotz anfänglicher Ablehnung den Vorsitz anzunehmen. Er wurde bei Leitung des Vereins den Grundsatzen im Auge behalten, „daß Ausbreitung des Wissens die Willenskraft und das Gefühl des Menschen nur zu fördern geeignet seien.“ Ferner zeigte er an, daß von einigen der im Winter gehaltenen Sonntagsvorträge (Brentano über Productivgenossenschaften, Dr. Carpeles, Dichter: Grillparzer; Heller, Einfluß des Klimas auf die Gesundheit; Dr. Pinoif, Hartmanns Hypothese des Unbewußten und Pfenning, die Planeten, noch Exemplare vorrätig seien, die er den Anwesenden zur Verfügung stellte. Den auswärtigen Mitgliedern werden dieselben bei Zufindung der Beitragsquittungen zu gehen. Der vierte Jahresbericht des „Humboldtvereins“ ist nunmehr im Druck erschienen und wurde an die Anwesenden verteilt. Hierauf ging Herr Dr. Carstede zum nächsten Punkt, zum Vortrag über „die Grenzen des menschlichen Wissens in Bezug auf Naturerscheinungen“, über. Die Frage, ob überhaupt eine solche Grenze zugelassen werden könne, habe er bei seinen cyclischen Vorlesungen über Optik offen gelassen, bei seinem gestrigen Referat ging er nach Dubois-Raymonds im August vorigen Jahres in der Naturforscher-Versammlung zu Leipzig gehaltenen und in einer Brochure veröffentlichten Vortrag darauf näher ein, und beantwortete die Frage: „Was heißt Naturerkennen?“ Das Casualitätsgesetz umfasse nur die Körperwelt, nicht aber das Gebiet des Willens. Die Trennung von Materie und Kraft sei die erste Grenze der Naturerkenntniß. Herr Dubois-Raymond sprach am Schluß seines Vortrags des Geständnis aus, daß wir über jene Grenze nie hinauskommen werden; „igaorabimus!“ Die Herren

Dr. Lasker und Dr. Lipshitz ergriffen das Wort meßräch zur Bekämpfung der Dubois'schen Ansichten. Dann wurde dieser Punkt verlassen und zum nächsten: dem Bericht des Hrn. Protector Dr. Maack über das von dem in der Versammlung als Gast befindlichen Herrn Verlagsbuchhändler Herrmann aus Leipzig dem Vereine geschenkte Werk des demselben bereiz durch andere Werke rühmlich bekannten Dr. A. Rohut: „die goldenen Worte der Bibel“ u., übergegangen, dessen Vortrefflichkeit der Referent lobend anerkannte, wenn er auch zugeben mußte, daß der Verfasser auch hin und wieder einige moderne, den Autoren des „Alten Testaments“ sicher fremde Anschauungen und Auslegungen hineingelegt habe. Herr Dr. Maack theilte daraus Einiges mit, worauf die Versammlung geschlossen wurde. Einige ältere Fragen wurden auf eine spätere Zusammenkunft vertagt, da die Zeit schon erheblich vorgerückt war.

2. Jahrg. 22. Mai. [Kindergericht.] Das neulich von Ihrem Referenten aus Malschitz mitgetheilte und in der heutigen Nummer dieser Zeitung gewürdigte Gericht über den Anlauf und die Beförderung von Kindern nach Elbst-Bohringen, fand gleichzeitig auch hier Verbreitung und noch mit der Zugabe, daß diese Kinder, ja die Hälfte aus jeder Familie mit mehreren Kindern, gewaltsam genommen würden. — Die Aufregung der hiesigen, leicht erregbaren Arbeiterfamilien war gewiß nicht gering, da die um ihre Kinder besorgten Mütter zur Schule geistlich sein sollen, um ihre Kinder zu reclamiren. Natürlich wurden sie da vollständig von der Grundlosigkeit ihrer Angst überzeugt und beruhigt. Auch der hiesige Pfarrer fand es für nöthwendig, von der Kanzel herab die Leute vollständig zu beruhigen.

[Notizen aus der Provinz.] * Biegnitz. Ueber einen angeblichen Raubfall erzählt der „Anzeiger“ Folgendes: Im Hause Weberstraße Nr. 14, im vierten Stockwerke, wohnt der Schneidermeister Hennigs, mit seiner Frau und 2 Kindern, im Alter von 1½—3 Jahren. Am Mittwoch Abend blieb die Frau mit den Kindern allein in der Wohnung zurück, als H. selbst in der neunten Stunde fertige Arbeit zu einem in der Nähe des Bahnhofs wohnenden Kunden trug. Die Kin er schliefen und Frau H. erwartete in der vorderen Stube die Rückkehr ihres Mannes jeden Augenblick. Da trat gegen ¼ 10 Uhr ein Fremder ein, dessen Fußstapfen die Frau für die ihres Mannes hielt. Erst als der Fremde, ein großer Mann mit starkem Vollbart, frag, ob H. nicht zu Hause sei, wurde der Irrthum erkannt. Mit der Erklärung, ihr Mann müsse gleich da sein, oder er sei vielleicht schon nebenan, bei der die andere Hälfte derselben Stube bewohnenden Familie, wollte die Frau an dem Fremden vorbei zur Stubenthür hinausgehen. In diesem Augenblicke erhielt sie jedoch mit einem darten Gegenstand einen Schlag auf die Stirn, daß sie sofort betäubungslos wurde. Als gegen ¼ 11 Uhr der Mann zurückkehrte, fand er die Eingangstür von innen verschlossen. Ein dumpfes Stöhnen ließ sich wahrnehmen. Da außerdem auf dem äußeren Thürdrücker eine dem H. gehörige Ziehbohrer hing, ahnte derselbe ein Unglück und holte sofort einen Polizeibeamten herbei. Durch eine zweite Thür, aus der der Räuber wahrscheinlich entkommen war, fanden sie Frau H. auf dem Fußboden, gebettet und mit den Händen an den Tisch gebunden. Nach der Befreiung derselben erzählte sie das Vorstehende. Dem Vernehmen nach sind Spuren einer Mißhandlung an der Frau nicht weiter zu entdecken, als ein paar blutunterlaufene Streifen an der Stirn. Auch ist nichts weiter geraus worden, als 3 Thlr. bares Geld aus der Börse, welche der Dieb aus einem offenen Schuttsack herausgenommen hatte. Man darf mit Recht gespannt sein, welches Resultat die sofort angestellten polizeilichen Recherchen ergeben werden.

+ Lauban. Ein recht bedauerlicher Unglücksfall trug sich am 20. d. M. in unserem benachbarten Wingendorf zu. Der Bauergutsbesitzer Bogt aus Wingendorf fuhr an genanntem Tage mit einem Fuhrer Koblens aus Langenbols seinem Wohnorte zu. Um am Straßengraben zu weiden, blieb das vor dem Wagen gespannte Pferd zeitweilig stehen. Bogt, darüber erzürnt, wollte das Pferd antreiben, wobei dasselbe auslief und den v. Bogt so unglücklich ans Rinn traf, daß er fiel und die Räder des Wagens über seinen Körper der Länge nach weggingen. Bogt erlitt hierdurch verärgert schwere Verletzungen, daß sein Tod bereits am Mittage des folgenden Tages erfolgte.

Reichenbach. Für das diesjährige Manöver wird das Schlesische Füßli-Regiment Nr. 38 vom 9. bis 17. August bei Reichenbach zum Regiments-Exerciren concentrirt, vom 15. und resp. 17. bis 22. August wird die 21. Infanterie-Brigade und die 11. Cavallerie-Brigade, verläßt durch das Jägerbataillon und 3 Batterien zum Brigade-Exerciren bei Reichenbach concentrirt. Die 21. Brigade wird vom 25. bis 27. August, durch das Dragoner-Regiment und 4 Batterien verläßt, bei Nimpfisch Detachements-übungen halten. Vom 30. August bis 6. September findet das Divisions-Manöver statt, das sich von Frankenstein über Gnodensrei bis Lauterbach und von da nach Ober-Gräbich ziehen wird. Alle Orte des Kreises, mit Ausnahme der westlichen, werden während dieses Manövers mit Truppen belegt werden.

Slag. Das Gewitter am 20. brachte uns reichlichen Regen, obgleich es das Stadtgebiet nicht vollständig überzog und über den Höhen bei Wartha sich entlud; das Königshainer Wasser war bedeutend angeschwollen. Ein intensiver Schlag des Wetters zündete die Scheuern des Jores königl. Hofeier der Prinzess Marianne der Niederlande gebürtigen Gutes Plotnitz, (Bäcker Herr v. Stein) sie brannten mit Jähzalt ab. Die fähle Witterung bringt uns den einzigen Vortheil, daß von Ungeziefer, welches den Pflanzen und Blüthen nachtheilig, nur wenig zu spüren ist. Die Knaben suchen lange, ehe sie einen Maifäher finden, und Raupen bemerkt man fast gar nicht. Die Pflaumen- und Birnenblüthen, sowie die Kirscheln haben ihre weißen Blätter bereits abgeworfen; ob aber die Rölle Fruchtanläge erlaubt hat, müssen wir abwarten. Aepfelblüthen sind im Flor.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 23. 24.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	331 ¹¹ / ₇₇	330 ¹¹ / ₇₇	329 ¹¹ / ₄₀
Luftwärme	+ 12 ¹¹ / ₇₈	+ 10 ¹¹ / ₇₂	+ 10 ¹¹ / ₇₄
Dunstdruck	3 ¹¹ / ₀₉	3 ¹¹ / ₅₉	3 ¹¹ / ₈₆
Dunstfättigung	52 pCt.	74 pCt.	79 pCt.
Wind	SW. 1	E. 2	W. 2
Wetter	wolfig.	heiter.	bew. Nöts. Reg.
Wärme der Ober	7 Uhr Morgens	+ 8 ¹¹ / ₅ .	

Breslau, 24. Mai. [Wasserstand.] D.-B. 18 f. 1 R. u. 3. 5 f. 5 R.

X. Breslau, 24. Mai. [Schiffahrtsnachrichten.] Die Oder ist noch im Wachsen und da das Regenwetter immer noch anhält so können wir einen hohen Wasserstand in der Ober erreichen. Am 23. ist im Unterwasser angekommen: ein Kahn mit Pulver von Harburg; Abgeschwommen: sechs Rähne mit Kohlen nach Stettin; zwei Rähne mit Kohlen nach Hegermühle; ein Kahn mit Mehl und zwei mit Gütern nach Berlin.

Berlin, 23. Mai. Schwerlich wird man für den Rest dieses Monats noch auf eine Besserung der Börsenstimmung rechnen dürfen, wenigstens steht sie auch im günstigsten Falle vor der beendigten Regulirung nicht zu erwarten. Die Verhältnisse sind erstarret und dem gegenüber läßt sich unsere Böse eben nicht von ihrer beobachtenden und abwartenden Haltung abbringen, es bleibt daher die größtmögliche Geschäftsenthaltung die generelle Richtung der Börsenbeforder. Heute mußte die Tendenz sehr matt erscheinen und blieben hierauf allerlei Gerüchte, die in Bezug auf die bevorstehende Liquidation umgingen, nicht ohne bestimmenden Einfluß. Die Mittheilungen, die man sich über etwaige Insolvenzen von Odr zu Odr raunte, fanden zwar keinen Glauben, eine Wirkung gewannen aber schon die Nachrichten, daß einige Firmen in Liquidation treten würden. Wenn auch an der Solvenz derselben nicht zu zweifeln ist, so fürchtet man, daß durch die Ausführung eines solchen Schrittes eine Menge Depots zu executibischer Veräußerung kommen könnten, wobei für die Theilhaber bei dem jetzigen Coursstande große Verluste unermeldlich sein würden. Auch den Vorgängen in Versailles und Paris beginnt man Aufmerksamkeit zu schenken, man findet die Lage der Verhältnisse dort wenig ermunternd. Die Reportage lassen sich im Augenblick gar nicht fixiren und richten sich in ziemlich weiter Spannung nach der Bonität des Aufgebens und des Aufgebens. Die Courle der Speculationen - Papiere, gegen die Notirungen vor der Mittwochs-Börse um einige Thaler herabgesetzt, haben mehr nominelle Bedeutung, da der eigentliche Verkehr in diesen Werthen überaus beschränkt blieb. Auch österreichische Nebenbahnen traten in starkes Angebot, das bis zum Schluß anhielt und vielfache Coursreductionen veranlaßte. Oesterreichische Fonds waren ziemlich belebt, aber schliefen ebenfalls zu ermäßigten Notiz. Andere auswärtige Fonds blieben ziemlich unverändert, Italiener gingen lebhaft um, Aktien eröffneten in fester Haltung bei ziemlich hohen Kursen. Amerikaner und franz. Rente unverändert. Sehr fest waren russische Staatswerthe, Eisenbahnen und Bahnen belebt. Preuß. und deutsche Fonds behaupteten ebenfalls gute Festigkeit und zogen zum Theil auch im Course an, Prioritäten gut zu lassen, von preuß. waren 4- und 4½procentige be-

